

Wochenblatt

Wilsdruff, Tharandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden. Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Weissen, das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich zwei mal, Dienstags u. Freitags und kostet pro Quartal 1 Mark. — Inseratenannahme bis Montag resp. Donnerstag Mittags 12 Uhr.

Nr. 98.

Dienstag, den 12. December

1876.

Im Besitze eines hier inhaftirten Mannes hat sich ein unten sub © näher beschriebener Kinderwagen befunden, dessen redlicher Erwerb Seiten desselben in Zweifel zu ziehen gewesen ist. Dieser Kinderwagen steht hier an Gerichtsstelle zu Jedermanns Ansicht bereit und wird der etwaige Eigenthümer desselben, oder wer sonst Besitzrechte an solchem nachzuweisen, bez. Aufschluß darüber zu geben vermag, wem, wann und wo der Kinderwagen abhanden gekommen, hiermit aufgefordert, ungesäumt bei unterzeichnetem Gerichtsamte sich zu melden und eingehende Anzeige anher zu erstatten.

Königl. Gerichtsamt Wilsdruff, am 11. December 1876.
Dr. Gangloff.

Der Kinderwagen ist ziemlich groß, halbverdeckt mit grünem Schirm, gewöhnlicher, an der Vorderseite des Wagens angebrachter Deichsel mit Handhaben zum Ziehen, braun angestrichen, durch die Mitte des Korbes geht ein Streifen helles Weidengeflecht. Im Innern des Wagens liegt ein längliches Kissen von grauer Leinwand mit dunkelblauen Streifen.

Tagesgeschichte.

Wilsdruff, 10. December 1876.

In einer gestern Abend im geräumigen Saale des Gasthofs zum Löwen hier abgehaltenen Wahl-Versammlung, welche von der socialdemokratischen Partei veranstaltet war, referirte der socialdemokratische Redacteur Kaiser aus Dresden in 1 1/2 stündiger Rede in geschickter und etwas maßvoller Weise über die Ziele der Socialdemocratie, wobei die im Reichstage herrschende liberale Partei und die von derselben unterstützte gegenwärtige Regierungsweise, ganz besonders aber die von derselben befolgte wirtschaftliche Politik scharf getadelt wurde.

Noch ärger griff der genannte Redner die Partei unseres seitherigen Vertreters im Reichstage, des Herrn Hofrath Ackermann, die deutsche Reichspartei, an, welche er nach einem Ausspruche Windhorst's die Drehscheibe, oder wie man sie sonst bezeichnete, die Bot-schafterfraction nannte.

Zur Entgegnung ergriff das Wort der hiesige Kaufmann Herr Engelmann, indem derselbe Punkt für Punkt die Angriffe auf die gegenwärtige Regierungspolitik und auf unsere wirtschaftliche Gesetzgebung zu widerlegen suchte und die vorgekommenen Irrthümer und Verdrehungen richtig stellte. Die Letzteren betrafen besonders die gegenwärtige Geschäftskrise, das Bank- und Münzgesetz, den Culturkampf, die Einkommensteuer, das Preßgesetz und das Versammlungsrecht.

Da Redacteur Kaiser für nächsten Sonnabend das Erscheinen des für hiesigen Reichstagswahlkreis aufgestellten socialdemokratischen Candidaten, Sattler Auer aus Hamburg, angekündigt hatte, erfolgte nach einigen Replirungen der genannten beiden Redner und nach einem Schlußworte des zum Vorsitzenden erwählten Redacteur des hiesigen Wochenblattes, worin derselbe sich selbst als einen mehr als zwanzigjährigen Arbeitnehmer bezeichnend, der sich nur mühsam zu seiner gegenwärtigen Stellung als Arbeitgeber emporgerungen habe, alle Parteien zur Mäßigung ermahnte und ganz besonders etwaigen anwesenden Anhängern der Socialdemocratie an das Herz legte, doch ja stets die gesunde Vernunft walten zu lassen, gegen 11 Uhr der Schluß der Versammlung.

Die Versammlung war trotz der sehr ungünstigen Witterung aus der Stadt und der Umgegend sehr zahlreich besucht.

Die Herren Socialdemocraten hatten übrigens wie bereits vor 3 Jahren ihren Candidaten für den Vorsitz in der Versammlung diesmal in der Person eines Herrn Jsaak mitgebracht, den jedoch die Versammlung nicht acceptirte, sondern den Redacteur Berger und Herrn Kaufmann Engelmann zu Vorsitzenden wählte.

Im Schlußworte des Vorsitzenden war auch das baldige Auftreten des seitherigen Vertreters im Reichstage hier in Aussicht gestellt worden.

Der angesehenste Führer der deutschen Socialdemocratie, Herr Bebel, hat soeben unter dem Titel „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage von 1874—1876“ eine Schrift erscheinen lassen, welche zum Zwecke der gegenwärtigen Wahlbewegung die Forderungen und Bestrebungen seiner Partei in drastischer Weise zusammenfaßt. Voran steht die Abschaffung des stehenden Heeres und die Einführung einer Volkswehr. Bezüglich der Steuerreform erstrebt die Socialdemocratie „die gänzliche Abschaffung des gegenwärtigen Steuer-systems

und seiner Erhebung durch die Einführung einer Einkommen- und Vermögenssteuer zur Deckung aller Staats- und Communalbedürfnisse, soweit diese nicht aus den eigenen Vermögenseinnahmen gedeckt werden. Neben dieser Umgestaltung der Einkommenverhältnisse des Staats will sie auch eine totale Umgestaltung des Ausgabenbudgets vornehmen, Beseitigung aller unproductiven Ausgaben, wie für das stehende Heer und für eine vielfach überflüssige und schädliche und in ihren höheren Spigen zu gut bezahlte Beamtenhierarchie. Ferner durch Beseitigung aller Staatsinstitutionen, welche die freie Entfaltung der Volkskräfte hindern. Totale Umgestaltung und Vereinfachung der Rechtspflege, Beseitigung der politischen Polizei, Abschaffung des Cultusbudgets u. s. w.“ Der Socialismus ist „der entschiedenste Gegner der Kirche und der Geistlichkeit.“ Er „verlangt nicht gewaltsame Unterdrückung oder Abschaffung der Religion — er weiß, daß etwas aus natürlichen Bedingungen Gewordenes sich mit Gewalt nicht abschaffen läßt — sondern Trennung der Religion, resp. der Kirche vom Staate und von der Commune, und Trennung der Kirche von der Schule, mit einem Wort: die Abschaffung des öffentlichen Cultusbudgets und seine Verwendung für Bildungs- und Culturzwecke.“ Der Socialismus ist ferner „die größte Ausdehnung der politischen Rechte auf alle Staatsbürger vom 20. Lebensjahre an. Er stellt als Grundsatz an die Spitze, daß das Volk sein eigener Souverän ist, daß Alles, was in Bezug auf Staatsgewalt und Regierung geschieht, nicht ohne den Willen des Volkes geschehen darf. Das Volk soll sich selbst die Gesetze geben und die sie ausführen, sollen seine Diener sein, die es beliebig absetzen kann, wenn sie seinem Vertrauen nicht entsprechen. Da erfahrungsmäßig in den Vertretungskörpern sehr rasch das Cliquetwesen und der Eigendünkel der Vertreter sich entwickeln, die dann nach persönlichen Rücksichten handeln und glauben, die allein Weisen zu sein — eine Art von höheren Wesen, auf deren Aussprüche das Volk wie auf ein Orakel achten soll — so verlangt der Socialismus, daß die Vertretungskörper nichts anderes als zeitweilig zusammentretende leitende Ausschüsse sind, welche die Gesetze vorzubereiten haben, über die dann das ganze Volk nach Gutdünken entscheidet. Gleichzeitig soll aber auch jeder Staatsbürger das Recht haben, ohne die Initiative der gewählten Vertreter abwarten zu müssen, selbständige Gesetzesvorschläge machen zu können, über die das Volk entscheidet, wenn sie aus seiner Mitte die nöthige Unterstützung gefunden haben. Der Socialismus will also die Einführung des allgemeinen gleichen, directen und geheimen Wahlrechts für die Wahlen zu allen Vertretungskörpern, für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger durch die directe Gesetzgebung durch das Volk ergänzen und vervollständigen, und soll das Volk namentlich auch selbst entscheiden, ob es Krieg oder Frieden haben will und hierin nicht von dem guten oder bösen Willen Einzelner abhängen.“ Endlich fordert der Socialismus „die Aufhebung des Privatbesitzes an den Arbeitsmitteln in jeder Form“, „er fordert das Eigenthum für Alle, weil er alle Productionsinstrumente und die Arbeitsmittel, also auch den Grund und Boden, zum Gemeineigenthum der Gesellschaft machen will. Jeder soll Eigenthümer sein, aber Keiner auf Kosten des Andern.“ So nach dem competentesten Zeugniß die Forderungen der Socialdemocratie.

Für das in kurzer Zeit an die Wahlurne tretende Volk müssen obige Thatfachen zwingende Gründe sein, um wahrhaft liberalen Männern, welche eine Garantie für wirksame Bekämpfung der staatsfeindlichen Socialdemocratie geben, sein Vertrauen zu schenken, und zwar bedarf es der größten Anstrengungen, der Aufbietung aller Kräfte, um sofort bei der Wahl einen reichstreuen Candidaten zum Siege zu verhelfen, um nicht verhängnißvolle Verbindungen unsrer Gegner herannahen zu sehen.

Die „M. Z.“ läßt sich aus Berlin berichten: Die sozialistischen Agitatoren, welche in dem Reichstage zu sitzen haben, kündigen an, daß sie am nächsten Sonnabend und Montag keine Volksversammlungen abhalten können, weil die dritte Lesung der Justizgesetze ihre Anwesenheit im Reichstage erfordere. Es scheint also doch, daß die Beschwerden, welche aus der Mitte der Socialdemocratie selbst über das constante Fernbleiben ihrer Vertreter aus den Reichstags-sitzungen erhoben wurden, ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Die Herren haben jetzt offenbar das Bedürfnis, ihren Wählern mit dem Anscheine gegenüber treten zu können, als ob sie etwas gethan hätten. Wie sehr sie sich auch von den Wählern haben behörden lassen mögen, dazu besitzen